

Das Versagen der Sozialdemokratie in der Wirtschaftskrise

Der Versuch einer Analyse

Dominik Bernhofer

Wien, 15. Juli 2009

Die Welt erlebt bewegte Zeiten. Wir befinden uns in der größten Krise des globalen Kapitalismus und der neoliberalen Agenda seit der Zwischenkriegszeit. Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie bei den EU Wahlen Anfang Juni 2009 in fast ganz Europa vernichtende Niederlagen einstecken müssen. Vor allem die Ergebnisse in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien kommen einer Katastrophe gleich. Die Sozialdemokratie steht am Scheideweg und knapp davor, auf ein Viertel der WählerInnenstimmen zu schrumpfen, sowie langfristig klar hinter die Konservativen zurückzufallen. Der folgende Aufsatz versucht zu verstehen, wie es soweit kommen konnte und was die aktuelle Wirtschaftskrise damit zu tun hat.

Meiner Einschätzung nach ist bei einer Analyse der Wahlergebnisse zuallererst die spezifische Situation der Sozialdemokratischen Parteien in den jeweiligen Ländern zu betrachten (Vorsitz, Kampagne, SpitzenkandidatIn, etwaige Skandale oder interne Zerwürfnisse, usw.). Vielfach wird hier Symptom mit Ursache verwechselt. Die Ergebnisse in Großbritannien, Frankreich und Ungarn etwa können kaum für eine grundsätzliche Niederlage sozialdemokratischer Politik herhalten. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die EU Wahlen zwar brauchbare Stimmungstests abgeben, aber keine direkten Vergleiche mit den Wahlen zu den nationalen Parlamenten zulassen.

Nichtsdestotrotz hat die Sozialdemokratie schwere strukturelle und strategische Probleme, die ihr Versagen in der aktuellen Krise begründen. Der Hauptgrund für die Verluste bzw. das *Metaproblem* der SPÖ ist, meiner Einschätzung nach, das mangelnde *Zutrauen* der Menschen in die SPÖ. *Zutrauen* im Sinne mangelnden Vertrauens in die Stärke, die Kompetenz und das Programm der Sozialdemokratie. Die demokratische Wahl ist ein Mittel Parteien und ihre Politik zu legitimieren. Die Voraussetzung die eine Partei dafür zu liefern hat, ist es den Menschen zumindest einen Grund zu geben für sie zu stimmen. Egal was dieser Grund nun sein mag; Für die kandidierende Partei ist es wichtig glaubhaft zu vermitteln sich konsequent für diesen Grund stark zu machen, ihn zu *leben* und ihn auch durchsetzen zu können. Umso mehr ist das für eine Partei von Bedeutung die einen gesamtgesellschaftlichen Machtanspruch stellt. Und genau damit hat die Sozialdemokratie zusehends Probleme. In der Außenwirkung erscheint sie immer weniger in der Lage die gesellschaftlichen Fragen lösen und sich mit ihrer Politik auch gegen die Konservativen durchsetzen zu können. Parteiintern wird dieses Problem als ein Mangel an *Mut* kritisiert. Die zunehmende Uneinigkeit in der Partei wird von der Bevölkerung nicht als Stärke interpretiert. Genauso führt das Stimmungstief in der Bevölkerung zu noch mehr *Zaudern* in der Tagespolitik. Die SPÖ muss raus aus dieser *Spirale*. Noch befindet sie sich in einer Situation wo sie sich nicht mit den kleinen Parlamentsfraktionen vergleichen muss. Für diese mögen andere Bedingungen gelten; Für die SPÖ hingegen gilt: Stärke, Linie, Durchsetzungsfähigkeit und das Vertrauen der Bevölkerung darauf, sind die Voraussetzungen um wieder Wahlen gewinnen zu können.

Wir werden im Folgenden 3 Problemblocke identifizieren, sie strukturell sowie im Licht der Krise betrachten und sodann Lösungsvorschläge ableiten. Alle 3 Blöcke sind, meiner Einschätzung nach, Gründe für das Problem des mangelnden *Zutrauens*. Sie beeinflussen sich zudem auch gegenseitig. Wir schließen mit einer *Conclusio*. Unsere Analyse baut in erster Linie auf der SPÖ auf, doch versucht auch einen breiteren, europäischen Bogen zu spannen.

Die Sozialdemokratie hat keine erkennbare Linie, kein Programm das der Veränderung der Welt vorangeht. Dietmar Ecker hat formuliert welche Bedeutung und welchen Anspruch eine glaubwürdige und konsequente politische Linie hat: „*Wenn du die Wahrheit sagst, gewinnst du am Ende. Man muss nur eine Linie haben.*“ Die SPÖ hat schwere Probleme damit; Das gilt für die gesamte Steuer- und Verteilungsdebatte, für die Europafrage (vor allem auch was die Öffnung der Grenzen für osteuropäische ArbeiterInnen betrifft) oder das Thema Asyl und Integration. Selbst bei der Frage ob die LehrerInnen nun 2 Stunden mehr in den Klassen sein sollen oder nicht, war die Partei innerlich zerstritten. Robert Misik hat die Politik der SPÖ kürzlich zurecht als Politik des „*Es Allen Recht machen Wollens*“ bezeichnet. Das Problem der Uneinigkeit in politischen Debatten hat freilich tiefergehende Ursachen; Es ist die große Linie die der Sozialdemokratie fehlt. Grundwerte sind *Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit* und *Solidarität*. Sie drücken jene Werte aus, die die Sozialdemokratie in der Gesellschaft als besonders wichtig erachtet. Sie sind das letzte was an prinzipieller sozialdemokratischer Programmatik noch vorhanden ist. Diese Grundwerte aber sind kein Ersatz für eine Vorstellung von Gesellschaft und ein Programm wie wir dorthin kommen wollen¹.

Die Sozialdemokratie war seit ihrem Entstehen Ende des 19. Jahrhunderts ein Ort der Intellektualität und der Debatte. Die Bewegung hat große *Schlachten* um Begriffe und Strategien ausgefochten, hat Abspaltungen hinnehmen müssen und Wiedervereinigungen feiern können. Wissenschaft und Politik waren vereint innerhalb der Sozialdemokratischen Parteien. Die europäische Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte im Wesentlichen zwei große Richtungsänderungen vorgenommen; Gegründet auf dem Fundament des *wissenschaftlichen Sozialismus* erlangten die *reformistischen Kräfte* Anfang des 20. Jahrhunderts die Mehrheit in den Parteien, es kam zu Abspaltungen. Nach dem 2. Weltkrieg ordneten sich die sozialdemokratischen Parteien in die parlamentarischen Demokratien ein, der Ausbau des Sozialstaats und der ArbeitnehmerInnenrechte wurde forciert. Die letzten Reste des revolutionären Potentials verschwanden zusehends. Die theoretische Konsequenz daraus und zweite große Richtungsänderung war dann die *Politik des 3. Weges*, die der Bewegung den letzten Anspruch auf eine Veränderung der *herrschenden Verhältnisse* raubte. Heute ist die Sozialdemokratie intellektuell am Ende. Leute wie *Schröder, Klima, Clinton* oder *Blair* haben sich wenig um eine Weiterentwicklung reformistischer Ideen gekümmert. Sie gefielen sich als die besseren *Marktwirtschaftler*, als *Macher*, als *Genossen der Bosse* und sind mit dieser Politik letztendlich gescheitert.

Worin bestand das politische Programm des 3. Weges? Die *herrschenden Verhältnisse* von Globalisierung, internationalen Finanzmärkten und Systemkonkurrenz sind unabänderlich. Der Sozialstaat ist ein Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und die wirtschaftliche Dynamik. Ein *soziales Faulbett*, das wenig Anreiz für Innovation und Aktivität aber viel Anreiz für *freiwillige Ar-*

¹ Die Konservativen haben dieses Problem nicht. Je weniger sie tun müssen, desto besser für sie. Die Konservativen brauchen kein Programm; Ihre einzige Forderung ist und bleibt, dass sich das Privateigentum an den Produktionsmitteln soweit wie möglich entfalten kann und die herrschende Einkommens- und Vermögensverteilung möglichst unangetastet bleibt. Falls der Staat irgendwo etwas zu sagen hat, soll er die herrschende Klassenordnung möglichst widerspiegeln und einzementieren. Das Programm der ÖVP ist das Produkt ihrer Zusammensetzung, eine Mischung aus *Austrofaschismus* und *Manchester-Kapitalismus* mit einem Schuss Klientelpolitik für die Landwirtschaft.

beitslosigkeit liefert. Solidarität und Gleichheit sind nur dann beachtenswert, wenn die Ordnung zu kippen droht. Verteilungsgerechtigkeit soll vielmehr über ein gesteigertes Wirtschaftswachstum erzielt werden. Die Aufgabe der Politik ist es lediglich die Menschen zur Selbsthilfe und –verantwortung zu erziehen und für den Arbeitsmarkt nutzbar zu machen. Das sozialdemokratische Programm lautet daher „Fördern und Fordern“. Die Zielgruppe sind nicht mehr die *sozial Schwachen* sondern jene Gruppe die von einer zunehmenden Liberalisierung der Gesellschaft profitiert, weil sie gut ausgebildet, flexibel und anpassungsfähig ist. Das Programm ist vereinbar mit einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, dem neoliberalen Paradigma der *natürlichen Arbeitslosenrate* (Milton Friedman), bedingt durch Rigiditäten am Arbeitsmarkt, und ist im Wesentlichen in Anthony Giddens „*Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*“ (1999) bzw. dem sogenannten *Schröder-Blair-Papier* vom 8. Juni 1999 zugrunde gelegt².

Warum kann dieses Programm kein sozialdemokratisches Programm für die Zukunft sein? 1. Die Zeiten des Wachstums sind vorbei. Neben den ökologischen Grenzen des Wachstums fehlt dem Kapitalismus die *große Story*, technologisch wie geographisch. Der Rückbau des Sozialstaats wird daran wenig ändern können. Es wird in Hinkunft vor allem darum gehen, wie wir die vorhandenen Ressourcen, Güter und Technologien so effizient wie möglich einsetzen. 2. Gleichheit ist das wesentliche Prinzip sozialdemokratischer Politik und darf nicht *madig* gemacht werden. Die Sozialdemokratie kann ihre Politik niemals so gut mit *neoliberaler Logik* argumentieren, wie die Konservativen die Ihre. Außerdem wird die falsche Zielgruppe angesprochen. Sozialdemokratische Politik braucht ihre eigene Logik; Die Zielgruppe ergibt sich folgerichtig daraus. *Kapitel II* soll das ausführlich diskutieren. 3. Sinn und Ziel sozialdemokratischer Politik wurden missverstanden. Der Sozialstaat ist kein *Almosenprogramm* sondern Grundlage einer demokratisch verfassten Gesellschaft von Gleichen. Es geht um einen Rechtsanspruch auf soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe. Natürlich ist mit umfassender gesellschaftlicher Partizipation auch jene am Arbeitsmarkt verbunden, doch lässt sich der Sozialstaat nicht darauf reduzieren Menschen *fit* für die Globalisierung zu machen. 4. Der *3. Weg* hat auch ökonomisch versagt. Die Wachstumsmodelle von Deutschland und Großbritannien sind grandios gescheitert. Die öffentlichen Dienstleistungen sind am Ende, die soziale Ungleichheit gewachsen und gleichzeitig ist die wirtschaftliche *Dynamik* nicht in allgemeiner Prosperität sondern in einer Weltwirtschaftskrise gemündet.

Mit der Krise des *3. Weges* ist auch die versuchte intellektuelle Erneuerung der Bewegung an einem toten Punkt angelangt. Die Sozialdemokratie muss dieses *ideologische Koma* überwinden. Die innerparteiliche Debatte welche die SPÖ früher ausgezeichnet hat muss wieder neu entstehen. Nur dann können sich auch neue brauchbare Politikprojekte und –konzepte entwickeln. Wichtigster inhaltlicher Auftrag: 1) Weg vom *Neoliberalismus* des *3. Weges*, der die Unabänderlichkeit der *herrschenden Verhältnisse* zum Ausgangspunkt seiner Politik gemacht hat. 2) Visionen entwickeln die auf einer Auseinandersetzung mit den *herrschenden Verhältnissen* und unseren Zielen basieren. Voraussetzung dafür ist, dass in der Partei die dafür notwendigen Strukturen geschaffen bzw. bestehende Projekte und Diskurse unterstützt werden. Alle Beteiligten müssen die Freiheit haben zu denken und zu sagen was sie wollen, auch wenn es der Partei nicht schmecken mag. Die Debat-

² Ein ausführliche Analyse und Kritik dieser Politik findet sich unter anderem bei Birgit Mahnkopf „Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit“ (*Prokla*, 2000) sowie Michael Heinrich „Agenda 2010 und Harz IV: Vom rot-grünen Neoliberalismus zum Protest“ (*Prokla*, 2004).

te muss öffentlich und frei zugänglich sein. Die SPÖ darf sich nicht davor fürchten, wenn Leute aus den eigenen Reihen einen Spitzensteuersatz von 70% fordern. Es ist besser Ideen werden in entsprechendem Rahmen geäußert als unterdrückt, um dann *brodelnd überzugehen* (Vermögenssteuerdebatte). Kleine Schritte in die richtige Richtung waren bzw. sind die *Zukunftswerkstätte* unter *Gusenbauer* oder auch der im September 2008 in *Hallstatt* erstmals veranstaltete Kongress *Momentum*. Diese Veranstaltungen sind Versuche Wissenschaft und Politik zu verbinden und die programmatische Krise zu überwinden.

Die gegenwärtige Krise ändert nichts am strategischen Dilemma der SPÖ, sie verschärft es noch. 1. Die Sozialdemokratie hat spätestens seit Ende der 1990er Jahre aktiv jene Politik betrieben, die nun zur Krise geführt hat. *Blair* hat die Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben und *London* zum Synonym des internationalen Finanzkapitalismus gemacht. *Schröder* andererseits hat die deutsche Wirtschaft saniert, indem er globale Ungleichgewichte aufgebaut hat³. Jetzt herzugehen, die eigenen Fehler zu korrigieren und von den Menschen zu verlangen auch noch dankbar zu sein, ist gelinde gesagt etwas vermessen. 2. Wir dürfen zudem nicht vergessen, dass die Konservativen die aktuelle Krisenpolitik mitgetragen haben (ein Unterschied zu den 1930er Jahren), um diesmal Depression, Faschismus und Krieg zu vermeiden⁴. Die Bankenrettungspakete, Kurzarbeit in großem Stil sowie umfassende Konjunkturprogramme (von Deutschland einmal abgesehen), waren bis vor Kurzem nicht denkbar. Die Konservativen sind sich auch nicht zu *blöd* Lippenbekenntnisse über eine globale Finanztransaktionssteuer und eine stärkere Reglementierung des Finanzsystems abzugeben. Indem sie diese praktikablen Maßnahmen mittragen bzw. sich in gewissen Debatten pragmatisch geben, machen sich die Konservativen nicht angreifbar ohne ihre tatsächlichen wirtschaftlichen Interessen zu gefährden. 3. Auch abseits von jenen Maßnahmen über die Konsens bzw. vermeintlicher Konsens herrscht, verhalten sich die Konservativen strategisch geschickt und lassen die Sozialdemokratie *ins offene Messer laufen*. Grundlage ihrer Politik ist eine klare Linie, nämlich ihr Bekenntnis zum kapitalistischen System. Die Konservativen praktizieren ihre Politik glaubwürdig und aus *einem völlig anderen Eck* heraus. Sie machen keinen Hehl daraus, dass das herrschende Marktsystem das Beste aller Systeme sei; Warum sollten sie auch was anderes sagen. Sie verkaufen ihre Politik als notwendiges Übel, das nur temporär notwendig sei und nur zielgerichtet eingesetzt werden dürfe. Umgekehrt wirkte die Sozialdemokratie vielfach so, als ob sie glücklich wäre mit der Krise weil nun der Staat wieder mehr Bedeutung erlangt und klassische sozialdemokratische Vorschläge zur Wirtschaftspolitik auch von den Konservativen aufgegriffen werden. Was den Konservativen als *Linientreue* ausgelegt wurde, wurde bei uns als Richtungswechsel weg von der *Politik des 3. Weges* gewertet. Zweifelhafte Krisenpolitik aber ist kein Ersatz für eine grundsätzliche

³ Das Argument bezieht sich in erster Linie auf die Politik die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern und auf ein rein exportgetriebenes Wachstumsregime zu setzen. Mithilfe von Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktreformen wurden die Lohnstückkosten gesenkt und ein riesiger Leistungsbilanzüberschuss aufgebaut. Heute in der Krise ist Deutschland eines jener Länder, die am schlimmsten betroffen sind. Schuld ist die Politik Schröders, die nun von den Konservativen im Wesentlichen fortgeführt wird.

⁴ Die aktuelle Krisenpolitik lässt sich grob als expansive Fiskalpolitik definieren, die bereit ist den Finanzsektor vollständig aufzufangen und die Realwirtschaft durch (mehr oder weniger starke) aktive öffentliche Stimuli zu unterstützen. Ein weiteres Kennzeichen ist, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte als zweitrangig betrachtet wird.

Neuaufrichtung, unsere anfängliche Freude somit trügerisch⁵. Die Konservativen werden ihrer politischen Verantwortung gerecht aber schaffen es das *Zuviel* an Krisenpolitik und die sich daraus ergebende Verschuldung auf die Sozialdemokratie abzuwälzen. Ein gutes Beispiel ist die deutsche Sozialdemokratie, die Staatshilfe für diverse Nicht-Banken gefordert hat, um die dortigen Arbeitsplätze zu sichern. Der SPD wurde daraufhin Populismus und leichtfertiger Umgang mit Steuergeld unterstellt. Der deutsche Wirtschaftsminister *Karl Theodor zu Guttenberg* ist das Paradebeispiel des redlichen konservativen *Warners* gegen die linken, populistischen Begehrlichkeiten der SPD. Das gefällt ganz offensichtlich den Menschen, was sowohl die Beliebtheitswerte des deutschen Wirtschaftsministers als auch die Ergebnisse von CDU/CSU belegen. Die Staatshilfen für *Quelle* etwa hat er erst genehmigt nachdem sichergestellt war, dass diese Kredite aus einer etwaigen Konkursmasse zuerst bedient werden. Gleichzeitig hat *zu Guttenberg* klargemacht dass der Kredit keineswegs das dauerhafte Überleben des Unternehmens sicherstellt und stiehlt sich so geschickt aus jeder Verantwortung die diese Politik mit sich bringt. Die Diskussionen um *Arcandor*, *Quelle* und *Opel* aber auch um ein progressiveres Steuersystem haben nicht unbedingt der Wirtschaftskompetenz der SPD geschadet aber einen neuen Star der Konservativen geschaffen. In Österreich ist in der Sozialdemokratie eine Debatte über die Einkommens- und Vermögensverteilung losgebrochen, und in diesem Zusammenhang auch über die Struktur der Steuerpolitik. Nicht nur, dass es der SPÖ geschadet hat, dass es Rufe aus der eigenen Partei brauchte bis die Führung die Bedeutung der Thematik erkannte. Die Konservativen haben es auch geschafft die Vorschläge aus der Sozialdemokratie nach Einführung einer Vermögens- oder Vermögenszuwachssteuer als populistischen

⁵ Die aktuell betriebene Politik zur Krisenbekämpfung ist kurzsichtig und darf keinesfalls als Politik mit sozialdemokratischer Handschrift oder als sozialdemokratische Politik überhaupt verkauft werden. Das Problem ist, dass die SPÖ das aktiv gemacht hat. Tatsache aber ist: Wir können hier nur verlieren und müssen daher die nötige Distanz zu dieser Politik erkennen lassen, so wie es auch die Konservativen tun. Wenn die Rettungspläne nicht funktionieren sind wir daran schuld. Wenn sie funktionieren ist es in der öffentlichen Wahrnehmung ganz sicher nicht unser Verdienst, sondern der des erfolgreichen, neuen Managements des Unternehmens. Steuergeld wird in jedem Fall ausgegeben, was uns nicht per se glücklich stimmen kann. Das eigentliche Problem der Politik aber geht tiefer und ist jene Tatsache, dass die aktuelle Wirtschaftspolitik schlichtweg nicht optimal ist. Der einzige Grund warum sie praktiziert wird ist die Tatsache, dass niemand einen besseren Vorschlag hat. Der Vorschlag der Liberalen läuft auf Depression, Faschismus und Krieg hinaus. Glücklicherweise gibt es kaum Tendenzen in der Bevölkerung die diesen favorisieren. Dennoch gilt folgendes: Der Kapitalismus hat eine gewisse Funktionsweise, die ich in meiner Wirtschaftspolitik berücksichtigen muss. Eine Krise die durch ein *Zuviel* an privater Verschuldung entstanden ist nun durch öffentliche Verschuldung beseitigen zu wollen ist widersinnig, auch wenn es so in der *General Theory* von *Keynes* stehen mag. Staatliches Geld in marode Betriebe investieren um Arbeitsplätze zu erhalten ist kein langfristig funktionales Konzept. Schon *Schumpeter* erkannte, dass Krisen das Potential haben notwendige strukturelle Veränderungen zu beschleunigen. Staatliche Wirtschaftspolitik kann und muss diese Übergänge begleiten, aber sie muss auch Veränderungen zulassen. Die Autoindustrie hat Überkapazitäten, die nicht tragbar sind. Die Sozialdemokratie kann diese Arbeitsplätze nicht ewig durch öffentliche Kredite finanzieren. Wir können keine Situation wie in den 1930ern zulassen, aber es wird uns wenig mehr übrig bleiben als mehr Arbeitslosigkeit zuzulassen. Exzessive öffentliche Verschuldung zerstört jene Institution, die das zentrale Instrument sozialdemokratischer politischer Arbeit ist: den Staat bzw. den öffentlichen Sektor. Ich sage nicht, dass die SPÖ nicht alles tun soll um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Sie braucht nur die notwendige, professionelle Distanz zu dieser Politik. Das was *Kreisky* damals über Verschuldung und Arbeitsplätze gesagt hat ist nicht nur falsch, sondern wird der SPÖ auch keine Stimmen bringen. Die Fixierung auf Arbeitsplätze führt nur dazu, dass die Sozialdemokratie am Ende noch für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wird.

sche *Neiddebatte* darzustellen, wiewohl es wohl nichts Populistischeres gibt als zuerst Hunderte Milliarden Euro auszugeben und dann Steuererhöhungen kategorisch auszuschließen⁶.

Dennoch ist eine gefährliche Vereinfachung alles auf *Blair* und *Giddens* oder die geschickte Politik der Konservativen zu schieben. Die SPÖ ist alt genug um eigenverantwortlich zu handeln. Auf der Suche nach einer neuen Linie und Programmatik macht es Sinn *zurück* zu schauen.

Die historische Existenzberechtigung der Sozialdemokratie ist die *soziale Frage*. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die sozialdemokratische Antwort der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen der *herrschenden Verhältnisse* an. Daraus ergibt sich ein Ja zu einer starken, sozialdemokratischen Partei im Zentrum der ArbeiterInnenbewegung, ein Ja zur parlamentarischen Demokratie, ein Ja zur kapitalistischen Produktionsweise, ein Ja zur europäischen Einigung, ein Ja zu einer starken Gewerkschaftsbewegung, ein Ja zu gesellschaftlicher Organisation und gelebter Demokratie und eben auch ein Ja zu einem großen, aktiven und funktionierenden öffentlichen Sektor, der die Grundlage für einen Rechtsanspruch auf *soziale Sicherheit* bildet⁷. Und es ergibt sich kein prinzipielles Nein zu ungleicher Verteilung von Einkommen und Vermögen, zu marktwirtschaftlichen Austauschformen oder dem Privateigentum an Produktionsmitteln, solange sie in ein gesellschaftliches Konzept eingebettet sind, das mithilfe einer sozialdemokratischen Vorstellung von Gesellschaft nahe zu kommen. Die Linie ist die Folgende: Die SPÖ strebt einen möglichst hohen Anteil an demokratischer Kontrolle der Wirtschaft an, um 1. die sozialen, ökologischen und demokratischen Verwerfungen der kapitalistischen Produktionsweise zu mildern und soziale Sicherheit zu gewährleisten, 2. Chancengleichheit als Voraussetzung für soziale Durchlässigkeit sicher zu stellen und um 3. dem moralischen Anspruch einer Gesellschaft von Gleichen näher zu kommen; Als unbedingte Voraussetzung für eine demokratische und partizipative Gesellschaft. *„Wir haben es in diesem Programm unternommen, zu zeigen, dass die soziale Demokratie das Ziel ist, das wir erstreben. Wir verstehen darunter, dass die Grundlagen und die Grundideen der Demokratie in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens zur Geltung gelangen müssen. Wir demokratischen Sozialisten erblicken darin die Summe unserer Zielvorstellungen.“* (Bruno Kreisky in seiner Grundsatzrede zum Parteiprogramm von 1978)

⁶ Es ist ja nicht nur so, dass Finanzminister *Pröll* Steuererhöhungen, auch mit Verweis auf die Krise, strikt ablehnt, sondern er zudem behauptet, dass eine vernünftige Sanierung der öffentlichen Haushalte nur über Kürzungen auf der Ausgabenseite passieren kann. Diese Ansage ist nicht nur ein Beweis dafür, dass er offensichtlich nichts von Finanzpolitik versteht, sondern auch eine echte Kriegserklärung an die Sozialdemokratie. Wenn die Krise überstanden ist, dann müssen die öffentlichen Haushalte saniert werden. Es kann nur zwei Möglichkeiten geben, entweder einnahmen- oder eben ausgabenseitig. Wenn sich hier die Konservativen durchsetzen, kann das den österreichischen Sozialstaat dauerhaft zerstören. Selbst *Claus Raidl* sagt wörtlich: „Derzeit wären Steuererhöhungen kontraproduktiv. Aber nach der Krise – also um 2012 herum – müssen wir die Staatsschulden mit einem Maßnahmen-Mix abbauen: höhere Einnahmen durch Wirtschaftswachstum, Einsparungen – und dann, glaube ich werden wir draufkommen, dass wir auch auf der Einnahmenseite etwas tun müssen.“

⁷ Zur begrifflichen Definition: Unter öffentlichem Sektor, öffentlichen Haushalten, Sozialstaat, Staat oder dergleichen mehr ist in diesem Aufsatz die Staatsquote zu verstehen. Sie gibt den Anteil der staatlichen und staatlich bedingten wirtschaftlichen Aktivität am Output der Gesamtwirtschaft wider. Sie ist ein Gradmesser dafür in welchem Ausmaß die Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle steht. Eine Übersicht über die aktuellen Staatsquoten und ihre Entwicklung in verschiedenen Ländern gibt *Abbildung 1*.

Die entsprechenden politischen Instrumente dieser Politik sind der Nationalstaat (Sozial- und Rechtsreform, öffentliches Eigentum an Betrieben, etc.), aktive Gewerkschaften, private Regulierungsregime (*Fair Trade, Creative Commons, etc.*), Institutionen der Selbstverwaltung (Sozialversicherung, Genossenschaften, etc.), basisdemokratische Initiativen und NGOs (*ATTAC etc.*), Partei- und Vorfeldorganisationen sowie multinationale Institutionen wie die *Europäische Union*, der *Internationale Währungsfonds*, die *World Trade Organisation*, die *Vereinten Nationen* oder die *Europäische Zentralbank*. Es gibt kein *Patentrezept* für sozialdemokratische Politik. Die französischen SozialistInnen haben weniger mit dem *neoliberalen Mainstream* der 1990er Jahre kokettiert, als *New Labour* in Großbritannien. Verloren haben beide, Frankreichs SozialistInnen sogar noch stärker. In der *reformistischen Tradition* nach *Bernstein* gibt es keine absoluten Wahrheiten, keine letzten Gewissheiten. *Der Weg ist das Ziel*. Brauchbare Politik ist vorbestimmt durch die Kräfte- und Klassenverhältnisse, durch die institutionelle Bestimmtheit der kapitalistischen Produktionsweise und durch die Geschichte des jeweiligen Landes. Die SPÖ muss konstruktiv an die *soziale Frage* herangehen und darf sich nicht auf den Zusammenbruch der *herrschenden Verhältnisse* verlassen.

Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in v. H. des BIP							Veränderung 1990-2008
	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	
Australien	35,2	38,2	35,2	34,8	34,5	33,8	33,7	-1,5
Belgien	52,2	52,0	49,2	52,0	48,3	48,4	48,9	-3,3
Dänemark	55,9	59,1	53,3	52,3	50,9	50,4	50,4	-5,5
Deutschland	44,5	54,8	45,1	46,9	45,3	43,8	43,4	-1,1
Finnland	48,3	61,4	48,4	50,5	48,8	47,3	47,3	-1,0
Frankreich	49,3	54,4	51,6	53,5	52,7	52,4	52,5	3,2
Griechenland	50,2	45,8	46,7	43,1	42,0	43,5	43,2	-7,0
Großbritannien	42,2	44,1	36,6	44,2	44,3	44,5	45,4	3,2
Irland	43,1	41,2	31,5	33,7	33,8	35,4	39,6	-3,5
Island	41,5	42,7	41,9	42,2	41,7	42,8	43,9	2,4
Italien	53,5	52,5	46,1	48,2	48,8	48,2	48,4	-5,1
Japan	31,9	36,5	39,0	38,4	36,0	35,8	36,4	4,5
Kanada	48,8	48,5	41,1	39,3	39,3	39,1	39,6	-9,2
Luxemburg	37,7	39,8	37,9	41,5	38,7	37,9	39,2	1,5
Neuseeland	49,6	42,0	39,6	40,4	40,9	41,5	42,6	-7,0
Niederlande	53,1	56,4	44,2	44,8	45,6	45,3	45,1	-8,0
Norwegen	54,0	50,9	42,3	42,3	40,6	41,0	40,5	-13,5
Österreich	51,5	56,5	52,1	49,9	49,4	48,4	48,4	-3,1
Portugal	40,0	43,4	43,1	47,6	46,3	45,8	46,3	6,3
Schweden	61,3	65,3	57,0	54,0	53,1	51,4	51,2	-10,1
Schweiz	30,0	35,0	35,1	35,3	33,7	32,9	32,6	2,6
Spanien	42,6	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	39,7	-2,9
USA	37,1	37,0	34,2	36,6	36,5	37,4	38,6	1,5
OECD Total	40,2	42,9	39,1	40,8	40,2	40,3	40,9	0,7
Eurozone	48,1	53,2	46,3	47,4	46,7	46,1	46,3	-1,8

Quelle: OECD, Economic Outlook 84, Paris 2008.

Was tun? **1. Klassische sozialdemokratische Politik auf nationalstaatlicher Ebene vorantreiben.**

Die in *Abbildung 1* dargestellte Tendenz zu rückläufigen Staatsquoten in Österreich und ganz Europa muss endlich gestoppt werden. Die Sozialdemokratie braucht keine Angebote für die oberen Einkommensschichten. Die SPÖ braucht in erster Linie Sozialkompetenz. Es macht Sinn wieder verstärkt an neuen Konzepten für den öffentlichen Sektor zu arbeiten. Das Hauptproblem der Einnahmenseite des österreichischen Bundesbudgets ist es, dass die großen Vermögen und Stiftungen nichts mehr zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen und deshalb *Arbeit* überproportional belastet ist. Das Hauptproblem der Ausgabenseite sind die föderalen Strukturen des öffentlichen Sektors sowie seine zunehmende Unterwanderung durch private Anbieter. Das heißt einnahmenseitig: Wir wollen eine Vermögenssteuer, eine Vermögenszuwachssteuer, eine Erbschafts- und Schenkungssteuer, volle Besteuerung der *Stock-Options* von ManagerInnen, niedrigere Steuern für die arbeitende Bevölkerung (ohne eine Senkung des Spitzensteuersatzes), ökologische Maßnahmen im Steuersystem, usw. Das heißt ausgabenseitig: Wir wollen bessere Schulen, mehr Krippenplätze, Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten, solide Finanzen bei den Krankenkassen, Pensionen zum Auskommen, Infrastrukturbetriebe in öffentlicher Hand, öffentliche Investitionen in Energieeffizienz, eine vorsorgende Armutsbekämpfung, Verwaltungseinsparungen durch ein Ende des Föderalismus, eine umfassende *Grundsicherung*⁸, Ausgaben für Forschung und Entwicklung, usw. Echte sozialdemokratische Krisenpolitik, im Gegensatz zur aktuell betriebenen, heißt demnach: Mehr Jobs im öffentlichen Sektor; Quantitative und qualitative Verbesserungen der öffentlichen Dienstleistungen⁹.

Ein großer Teil der Bevölkerung will an einem starken und funktionalen Sozialstaat festhalten, ist auf ihn angewiesen. Wenn die Sozialdemokratie ihr politisches Schicksal mit dem Sozialstaat und anderen öffentlichen Projekten verknüpft, werden sozialdemokratische Politik, Solidarität und möglicherweise selbst Steuererhöhungen und Integration wieder greifbar für die Menschen. Jede etwaige Steuererhöhung sollte nur mehr damit kommuniziert werden, womit das Geld verwendet wird. Die Initiative unter *Gusenbauer* zur Vermögenszuwachssteuer war gut und richtig. Sie war eingebettet in einem Konzept zur langfristigen Sanierung der Krankenkassen und die ÖVP hat dem Konzept letztlich sogar zugestimmt. Ein wichtiger Punkt ist, dass jene Sektoren die öffentlich verwaltet werden auch nicht von privatwirtschaftlichen Programmen unterlaufen werden. Deshalb gilt: Konsequenter Kampf gegen private Spitäler, Schulen, Universitäten, Postdienstleister, Pensions- oder Krankenversicherungen, usw. Öffentliches Eigentum hat nur Sinn, wenn es auch die *Eliten* der Gesellschaft benutzen; Nur dann ist auch sichergestellt, dass die angebotenen Leistungen hochwertig sind. Und nichts schadet der Sozialdemokratie mehr als wenn mitten in der bildungspolitischen Debatte herauskommt, dass die Tochter des Bundeskanzlers *Gusenbauer* in eine

⁸ Das Inkrafttreten der *bedarfsorientierten Mindestsicherung* mit 1.1.2010 als Harmonisierung der Sozialhilfe der Länder im Rahmen einer *Art. 15a B-VG Vereinbarung* zwischen Bund und Ländern kann hier nur der Anfang sein. Weitere Schritte sind notwendig. Christliche Organisation wie die *CARITAS* aber auch liberale Parteien könnten in dieser Frage wichtige Partner sein.

⁹ Angesichts der aktuellen Krise und der wahrscheinlichen Stagnation der kapitalistischen Volkswirtschaften in den kommenden Jahren muss die Sozialdemokratie auch über die Logik der herrschenden Verhältnisse hinaus denken. Wenn das notwendige Arbeitsvolumen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Güterproduktion weiter zurückgeht werden wir um eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung unter größtmöglichem Lohnausgleich nicht umhin kommen.

Privatschule geht. Es ist der Sozialdemokratie auch bewusst, dass das Konzept des öffentlichen Eigentums und des Sozialstaats nur dauerhaft erfolgreich sein kann, wenn so effizient wie möglich gewirtschaftet wird und die öffentlichen Haushalte zumindest langfristig im Gleichgewicht sind. *Faymann* hat die Wahl 2008 mit der *Krisenfeuerwehrgeschichte* (Inflation) gewonnen; *Gusenbauer* hat 2005 in einer viel schwierigeren Wahl mit dem öffentlichen Sektor (Studiengebühren, Eurofighter, Gesamtschule) gesiegt. Die EU Wahl haben wir mit der *Krisenfeuerwehrgeschichte* (Arbeitsplätze) verloren. Die nächste Nationalratswahl wird noch härter werden; Die *Krisenfeuerwehrgeschichte* wird da wohl nicht ausreichen.

2. Aufgreifen internationaler und alternativer Politikfelder. Die Sozialdemokratie hat sich viel zu lange auf den Nationalstaat als zentrales politisches Instrument gestützt, was in Zeiten der Globalisierung, der Privatisierung und der europäischen Einigung wenig zukunftsweisend ist. Die SPÖ muss also die *soziale Frage* verstärkt im internationalen Kontext thematisieren. Eine möglichst strenge Regulierung aller AkteurInnen auf den Finanzmärkten steht genauso auf der Agenda wie eine globale Handelsordnung zum Wohl der Entwicklungsländer, Mikrokredite als Möglichkeit nachhaltiger Armutsbekämpfung, demokratische und arbeitsrechtliche Mindeststandards auf allen Ländern der Welt, eine *Europäische Union* die sozialen Werten verpflichtet ist, eine aktive Politik der internationalen Institutionen als demokratische Alternative zum Imperialismus, usw. In all diesen Bereichen gibt es brauchbare Konzepte, die nur zu *bergen* sind. Ein Problem der SPÖ und der europäischen Sozialdemokratie ist es, dass sie nichts mit den internationalen Institutionen anzufangen weiß; Am allermeisten gilt das für die *Europäische Union*¹⁰. Anstatt hier geeint aufzutreten um sozialdemokratische Inhalte durchzusetzen, wird die Außenpolitik von nationalen *Chauvinismen* dominiert. Voraussetzung für eine positive Veränderung ist freilich die europäische Vernetzung der sozialdemokratischen Parteien, Programme und Gewerkschaften mit dem Ziel die *Europäische Union* zu einer *Sozialunion* zu machen.

Gleichzeitig ist die SPÖ aber auch gefordert in alternativen Politikfeldern aktiv zu werden. In der Zwischenkriegszeit, wo die Sozialdemokratie von der Regierung ausgeschlossen war, konzentrierte man sich auf die Arbeit mit den Menschen. Es gab zahllose Konsumvereine und Bildungswerkstätten sowie gut organisierte Gewerkschaften in den Betrieben. Die Sozialdemokratie war als *Bewegung* aktiv und erkennbar, die sich der Interessen und Probleme der Menschen annahm. Diese starke Vernetzung erleichterte nicht nur die Kommunikation und Mobilisierung, sondern sorgte auch für die nötige *Bodenhaftung*. Mit Ende des 2. *Weltkrieges* und der Aufnahme von Regierungsverantwortung, wurde dieser Bereich zunehmend unwichtiger, was sich als schwerer strategischer Fehler herausgestellt hat. Dieser Themenblock soll noch ausführlich in *Kapitel III* behandelt werden.

3. Visionen entwickeln und kommunizieren. Die Sozialdemokratie hat ihre Politik stets in einem größeren historischen und politischen Kontext betrachtet. Und auch wenn das *sozialistische Paradies auf Erden* möglicherweise niemals Wirklichkeit werden wird, so braucht die Bewegung Visionen. Visionen sind notwendig, um die eigene Politik strukturieren, auf ihre Effizienz hin bewerten und sie in einem entsprechenden Kontext auch kommunizieren zu können. Visionen sind aber

¹⁰ Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den richtungsweisenden Artikel *Europa ist der Schlüssel* von *Nikolaus Kowall* verweisen, der die strategische Bedeutung des Europäischen Projekts für die Sozialdemokratie skizziert. (Standard, Kommentar der Anderen; Dienstag 9. Juni 2009)

auch notwendig, weil sie eine Grundvoraussetzung für Ehrlichkeit gegenüber den eigenen Genossen aber auch den Menschen darstellen. Das Parteiprogramm von 1998 ist voll von guten *Absichtserklärungen*, die aber noch keine Vision von Gesellschaft ergeben. Wo sind die Visionen der SPÖ für das 21. Jahrhundert; Für die *Europäische Union*, für den *Sozialstaat*, für die globale Finanz- und Währungsordnung, für das Bildungs- und Hochschulwesen, für den Welthandel, für die modernen Arbeits- und Lebenswelten, usw.? Die SPÖ muss sich an die Spitze derer stellen, die die Welt zum Besseren verändern wollen. Viele Ansagen der SPÖ kommen als hohle Phrasen daher. Sie muss also auch, entsprechend ihrer langjährigen Erfahrung mit politischen Machtkämpfen und Debatten, Programme vorstellen, die umsetzbar, konsistent und professionell sind und tatsächlich die soziale Realität der Menschen verändern. Meiner Einschätzung nach gibt es zwei Themenkomplexe wo die Sozialdemokratie jetzt gefragt ist:

Eine neue Finanz- und Währungsordnung. Organisationen wie ATTAC oder *The Commission of Experts on Reforms of the International Monetary and Financial System*, die sogenannte *Stiglitz-Kommission*, haben bereits weitreichende Vorschläge unterbreitet. Die Sozialdemokratie sollte sie aufnehmen und noch einen Schritt weiter gehen. Eine verstärkte Reglementierung des internationalen *Finanzkapitals* sollte keine Forderung sein, die der Tatsache entspringt, dass selbiges gerade eine globale Wirtschaftskrise ins Rollen gebracht hat. Das zentrale sozialdemokratische Argument sollte sein, dass wir eine marktwirtschaftliche Organisation des Finanz- und Zahlungswesens prinzipiell ablehnen und wir alle Reformschritte in Richtung einer stärkeren Reglementierung als Schritte zu einem Finanzsystem sehen, dessen einzige Funktion es ist Finanzierung und Zahlungsverkehr für die Realwirtschaft bereit zu stellen. Die Vergesellschaftung des Bankenwesens darf kein Tabu mehr sein. Hier wären Koalitionen mit klein- und mittelständischen UnternehmerInnen aber auch mit der Landwirtschaft möglich, die zunehmend bemerken, dass dieses System schwere *Konstruktionsfehler* aufweist¹¹. Die Sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften hätten am Höhepunkt der ursprünglichen Finanzkrise Mitte bis Ende 2008 mit einem derartigen Programm rausgehen können, wenn sie denn eines gehabt hätten. Jetzt, wo sich die Aktien- und Finanzmärkte schon wieder zusehends erholen, ist die Debatte um eine neue *Finanz- und Währungsordnung* schon fast zum Erliegen gekommen. Umso größer müssen jetzt die sozialdemokratischen Anstrengungen sein diese Debatte noch einmal zu drehen.

Soziale Sicherheit und Partizipation als Menschenrecht. Vielfach wird die unter *Punkt 1* und *2* diskutierte Politik nicht mehr als progressiver Entwurf von Gesellschaft wahrgenommen. Das politische Programm der Sozialdemokratie ist vielfach Realität geworden und wird als Selbstverständlichkeit angesehen. Zu Recht wird die SPÖ daher auch mit den *herrschenden Verhältnissen* in Verbindung gebracht und für die Schwächen des Systems verantwortlich gemacht. Die Debatte um Sinn und Notwendigkeit des sozialdemokratischen Programms als Entwurf einer demokratischen

¹¹ Wir haben eine Situation in der ein überdimensioniertes Finanzsystem den Staat und die Realwirtschaft über den *Zinsmechanismus auspresst* und gleichzeitig über eine exzessive Verschuldung die Weltwirtschaft in periodische Krisen stößt. Grund des Problems ist die *pure Geilheit* auf Renditen, die dem Privateigentum an den Banken entspringt. Und wir haben weiters eine Situation, in der das offensichtliche Versagen und die sichere Pleite dieses Finanzsystems ob seiner *Systemrelevanz* durch öffentliche Mittel schlichtweg verhindert wurde. Die scheinbar unumstößlichen *Gesetze des Marktes* wurden außer Kraft gesetzt, die Gewinne privatisiert während die Verluste sozialisiert werden. Dieser Widerspruch muss politische Folgen haben.

Gesellschaft scheint der SPÖ immer mehr zu entgleiten. *Kapitel II* versucht diese Debatte zu strukturieren und den zentralen Inhalt und Anspruch sozialdemokratischer Politik herauszuarbeiten.

II

Die SPÖ und alle europäischen SozialdemokratInnen haben ein ernstes Problem mit ihrem Weltbild und den hegemonialen Denkstrukturen der modernen Gesellschaft. Mit dem Zusammenbruch des *Sowjetsozialismus* ist für die Sozialdemokratie mehr zu Bruch gegangen als einige Diktaturen in Osteuropa. Der Sozialismus als progressiver Begriff, als Vision und als Alternative zum Kapitalismus ist scheinbar endgültig gescheitert. Der *Reformismus* der Sozialdemokratie kommt nicht mehr als aktives Eintreten für Demokratie sondern als völlige geistige Leere daher. So schreibt *Birgit Mahnkopf* am 23.11.2000 in der Zeitschrift *Prokla*: „*Mehr als ein Jahrhundert lang bestand die „Alchimistenfunktion der Sozialdemokratie“ (Jean Ziegler) darin, Angst vor dem Kommunismus in sozialen Fortschritt zu verwandeln. Spätestens seit 1989 schreckt jedoch kein „Gespenst des Kommunismus“ mehr und daher scheint die historische Funktion der Sozialdemokratie entbehrlich geworden.*“ Für viele Menschen ist der Sinn sozialdemokratisch zu wählen nicht mehr erkennbar. Solidarität als gesellschaftliches Prinzip ist am Schwinden. Die Menschen betrachten die Gesellschaft aus individueller Perspektive, was es erschwert sozialdemokratische Konzepte verstehen zu können. Die SPÖ verliert an moralischer Autorität und wird gleichgesetzt mit einem bürokratischen Staatsapparat, der nur den Leuten das Geld aus der Tasche zieht. Gleichzeitig kann sie nicht vermitteln mit welchen Folgen konservative Politik verbunden ist. Hieraus ergeben sich schwerwiegende Kommunikationsdefizite zwischen Partei und Bevölkerung.

Die Sozialdemokratie hat den Nimbus, dass sie nur verteilen könne und dabei anderen, vornehmlich den Reichen bzw. den Leistungswilligen, etwas wegnimmt, was erstens ungerecht sei und zweitens dem Wachstum der Wirtschaft schade. Hier liegen gleich zwei Missverständnisse vor: *Erstens ist die langfristige Wirkung der öffentlichen Haushalte kein Null-Summen-Spiel, wo jemand gewinnt und jemand anderes verlieren muss.* Jede über Steuern finanzierte Investition in Forschung und Entwicklung, in unser Schul- und Universitätswesen oder in Verwaltung und Gerichtsbarkeit hat einen wesentlichen und positiven Einfluss auf den Wachstumspfad der Volkswirtschaft. *Zweitens ist die Annahme dass wer reich ist auch gleichzeitig fleißig, sparsam und intelligent ist und dass wer arm ist dann eben faul, verschwenderisch und dumm ist gelinde gesagt etwas zu kurz gedacht.* Jede individuelle Leistung steht in einem gesellschaftlichen Kontext, dem der herrschenden ökonomischen Ordnung und ihrer aktuellen Bedingungen. Ich kann noch so fleißig, sparsam und intelligent sein, sind meine KollegInnen dumm, faul und verschwenderisch wird das Unternehmen in dem ich arbeite Pleite gehen und auch ich arbeitslos werden. Die Verteilungsmaßstäbe der Märkte sind alles nur nicht leistungsgerecht; Das gilt vor allem für *boomende* Finanzmärkte und eine *entfesselte* Globalisierung. Diese Tatsache lässt sich dann hochrechnen auf Regionen, Länder und Kontinente. Niemand kann ernsthaft behaupten alle Menschen in Afrika seien eben arm, weil sie dumm faul und verschwenderisch seien. Dennoch glauben viele an diesen *Hokuspokus* und lehnen höhere Steuern deshalb schlichtweg ab.

Niemand glaubt daran, dass wenn es der Wirtschaft gut geht es gleichzeitig auch allen Menschen gut geht. Es stimmt aber sehr wohl, dass in einem kapitalistischen System ein über Steuern finanzierter Sozialstaat zuerst *erwirtschaftet* werden muss. Deshalb wird sich nichts daran ändern, dass die Sozialdemokratie versucht einen möglichst großen Teil des Outputs über Steuern einzuheben

und über die öffentlichen Haushalte umzuverteilen und deshalb wird sich auch nichts daran ändern dass sie das *Geld anderer Leute* (im besten Falle jenes der Reichen, denn dann versteht sie zumindest was von Steuerpolitik) verteilt. Und deshalb muss der Sozialstaat, und in diesem einzigen Punkt war die Logik des 3. Weges richtig, unbedingt vereinbar sein mit den grundlegenden Funktionsprinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft. Der Punkt ist aber ein anderer: Jene Leute oder Gruppen, deren Einkommen (oder Vermögen) so hoch ist, dass sie gezwungen sind auf die eine oder andere Art Steuern zu bezahlen und somit die öffentlichen Leistungen finanzieren, werden niemals darüber glücklich sein. Einige wenige werden über ihren *Tellerrand* hinaussehen und erkennen, dass ein starker und qualitativ hochwertiger Sozialstaat eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielt und mit ein Grund für die eigene Lebensqualität darstellt. Und jene die das nicht begreifen, die sollen *bleiben lassen*. Die überwiegende Mehrheit der BäuerInnen, UnternehmerInnen und leitenden Angestellten denken an nicht viel mehr als an die eigene *Geldbörse*. Sie glauben sie hätten die Arbeit *erfunden*, seien die einzigen die etwas leisten und sehen in allen GewerkschafterInnen, Arbeitslosen und AusländerInnen nur *SozialschmarotzerInnen* und Leute die nichts leisten wollen. Sie sehen nicht, dass der *Manchester-Kapitalismus* des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts in Depression, Faschismus und Krieg endete. Sie nehmen die Stabilität und Prosperität der Nachkriegsgeschichte als *Gottes Geschenk* wahr. Sie sind keine Zielgruppe der Sozialdemokratie. Es ist völlig unsinnig auch nur eine Sekunde Zeit an sie zu verschwenden. Die *Politik des 3. Weges* hat genau das versucht; Mit der Konsequenz, dass sich viele von denen abgewandt haben für die die SPÖ tatsächlich Politik macht. Wer sich die integrierte Lohn- und Einkommenssteuerstatistik der *Statistik Austria* anschaut wird sehen, dass mehr als 3 Millionen Menschen keine bis kaum Steuern zahlen. Knapp 2 Millionen ArbeitnehmerInnen verdienen zwischen 15.000 und 25.000 EUR jährlich, eine ungezählte Anzahl scheint überhaupt nicht in der Statistik auf. Diese Menschen sind die Zielgruppe der SPÖ, weil sie die Zielgruppe sozialdemokratischer Politik sind und vom *öffentlichen Sektor* profitieren¹².

Es gibt viele gute, rationale (sprich von den Interessen des Einzelnen unabhängigen) Gründe eine hohe Staatsquote zu forcieren. 1. Es gibt das moralische Argument, wonach es schlicht unmoralisch ist, Menschen vom Zugang zu Bildung und Wohlstand auszuschließen. 2. Es gibt den positiven Zusammenhang zwischen Gleichverteilung und Wachstum, den *Simon Kuznets* 1955 erstmals empirisch nachgewiesen hat. 3. Es gibt das Argument der *effektiven Nachfrage* von *Keynes* und *Kaldor*, das besagt, dass die oberen Einkommensschichten einen größeren Teil ihres Einkommens sparen als die unteren. Massenproduktion braucht Menschen die die Produkte auch kaufen. 4. In *Keynes General Theory* gibt es zudem das Argument der Unsicherheit, der Unmöglichkeit die Zukunft vorherzusehen. Investitionen unter demokratischer Kontrolle helfen diese Unsicherheit und damit die zyklische Volatilität privater Investitionstätigkeit zu reduzieren. 5. Oft reicht es auch auf die Effizienz zu verweisen. Das private amerikanische Gesundheitssystem kostet einen weit größeren Anteil am Output als die öffentlichen Europas; Und dennoch bleiben 50 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung. 6. Selbst die herrschende, neoklassische Ökonomie kennt Gründe für Staatseingriffe, nämlich Marktversagen und *Imperfektionen*. Beispiele sind natürliche Monopole, Informationsasymmetrien, öffentliche Güter, usw.; Nachzuschlagen in jedem beliebigen Lehrbuch. 7. Der kapitalistischen Produktionsweise inhärent sind periodische Krisen. Gerade jetzt befinden

¹² Für eine genaue Analyse der Verteilungswirkungen des österreichischen Steuer- und Abgabensystems, siehe *Guger A.* (Koordination) „*Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich*“, WIFO, 1996.

wir uns in einer solchen. In einer derartigen Situation braucht es aktive Konjunkturpolitik und die *automatischen Stabilisatoren* der öffentlichen Haushalte. 8. Das wichtigste aller Argumente aber ist, dass ohne öffentliche Umverteilung Demokratie nicht möglich ist. Der Ausschluss weiterer Gesellschaftsschichten von Bildung und Wohlstand ist unvereinbar mit dem *Gleichheitsgrundsatz* der Verfassung bzw. demokratischer Partizipation überhaupt. Diesen Argumenten stehen im Wesentlichen die Interessen jener gegenüber, die die öffentlichen Haushalte finanzieren. Rationale Argumente sind ihnen wenig nicht wichtig. *Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral!*

Wieder verschärft die Krise die Problematik für die Sozialdemokratie. In Krisenzeiten haben die Menschen selten sozialdemokratisch gewählt. Sie haben Angst und damit auch Angst vor Veränderung. In der Krise gilt: „*It's the economy stupid.*“ Niemand glaubt der SPÖ, dass sie wirklich was gegen die steigende Arbeitslosigkeit tun kann. Den Konservativen glaubt es auch niemand. Der Unterschied ist nur, dass ihre Klientel nicht von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Es wenden sich Leute von der Sozialdemokratie ab, weil sie enttäuscht sind und sehen, dass die SPÖ machtlos ist gegen diese Krise. Und solange sie eine reformistische Partei ist, muss und wird sie das auch sein. Deshalb ist es auch völlig widersinnig den Menschen vormachen zu wollen, dass ihnen geholfen werden kann. Die Leute merken wenn sie angelogen werden¹³. In der Krise gilt außerdem: *Es gibt nichts zu verteilen*. Eine Steuer auf Vermögenszuwächse wird mit dem Argument abgetan, dass es keine Zuwächse gäbe die besteuert werden könnten. Langfristig sind ein ausreichendes Steueraufkommen und funktionierende öffentliche Haushalte die Grundvoraussetzung für Prosperität; Kurzfristig aber bedeutet eine höhere Steuer (und sei es nicht einmal dass das Steueraufkommen insgesamt steigt sondern nur dass die Steuerlast anders verteilt wird), dass irgendjemand zahlen muss. Und davor hat die Sozialdemokratie schlicht Angst!

Nach *Engels* war die proletarische Revolution stets als die Vollendung der bürgerlichen gedacht. Sie sollte der rechtlichen Gleichheit die ökonomische hinzufügen. Das implizite Argument beider Revolutionen war ein moralisches. So wie sich das BürgerInnentum als Stütze der Gesellschaft gegen den degenerierten und parasitenartigen *Feudaladel* auflehnte, so sollte sich auch das *Proletariat* als arbeitende und leistende Kraft irgendwann der nutzlos gewordenen KapitalistInnen entledigen, um zum Sozialismus zu gelangen. Alle Werktätigen stehen in dieser Auseinandersetzung Seite an Seite. Dieses Argument wurde durch Veränderungen in den *Produktivkräften* der Volkswirtschaften begründet, war lange Zeit sehr mächtig und findet sich ganz besonders dogmatisch bei *Luxemburg* und *Kautsky*. Tatsache ist, dass es jede Gültigkeit verloren hat. Es findet zunehmend eine moralische Segregation statt, die zwischen allen Werktätigen und den *traditionellen Klassen* verläuft. Die Grenze verläuft zwischen den *Fleißigen* und den *Faulen*, jenen die etwas ein-

¹³ Um diese Menschen zurückholen zu können sind nur zwei Strategien erfolgversprechend. 1. Die SPÖ müsste ihnen glaubhaft vermitteln können, dass sie dieses kapitalistische System der Ausbeutung ablehnt Die Voraussetzung dafür ist freilich, dass sie eine glaubwürdige Alternative zum Kapitalismus sowie ein Programm zur Einführung in der Schublade hat. So etwas hat die Sozialdemokratie nicht einmal ansatzweise! Und solange sie so etwas nicht hat, sollte sie sich auch mit Kapitalismuskritik zurückhalten. Damit sind keine Wahlen zu gewinnen. Die Menschen erwarten sich zu Recht Antworten von der Sozialdemokratie. 2. Eine andere Möglichkeit wäre es sie über eine Ausdehnung des Organisationsapparats zu erreichen, was in *Kapitel III* ausführlich diskutiert wird.

bringen wollen und jenen die nur arbeiten um Geld zu verdienen¹⁴. Diese Teilung der Klassen war ein wesentlicher Teil des Programms des *3. Weges* und wird heute von den *Konservativen* propagiert. Das klassische Argument der Sozialdemokratie auf Seiten der Werktätigen zu stehen verliert damit an moralischer Autorität und an Schlagkraft. Die Menschen fragen sich nämlich auf *welcher Seite* der Werktätigen die Sozialdemokratie nun steht? Auf Seite der *Fleißigen* oder auf Seite der *Faulen*? Die Konservativen schwingen sich auf die *Fleißigen* zu vertreten und polemisieren gegen die *Faulen*, die sich in den Gewerkschaften und im öffentlichen Sektor *zusammenrotten*, um den *Fleißigen* auf der *Tasche zu liegen*. Damit erhalten sie politische Unterstützung für die Rückführung des öffentlichen Sektors und der Macht der Gewerkschaften, auch von Leuten die eigentlich davon profitieren. Die ÖVP und auch die *Rechte* spielen mit den *Alltagserlebnissen* der Leute und nutzen sie geschickt für ihre Zwecke. Sozialdemokratie und Gewerkschaft werden damit in die Position gedrängt den Sozialstaat und damit auch die *Faulen* zu verteidigen. Ganz egal wie sehr das Argument intellektuell versagen mag, bietet es wenig Raum für einen weiteren Ausbau des Sozialstaats zu plädieren.. Anstatt in der moralischen Offensive, wie *Engels* sie anstrebte, ist die Sozialdemokratie in der moralischen Defensive.

Um dem beizukommen muss die Sozialdemokratie aus dieser Debatte raus. So wie die Konservativen für die selbsternannten *Fleißigen* eintreten, tritt die SPÖ für Demokratie und Stabilität in dieser Gesellschaft ein und stellt sie mit ihrer Politik sicher. Die sozialdemokratische Alternative zu den herrschenden Verhältnissen lautet Demokratie! Demokratie und Stabilität setzen die Partizipation aller an Arbeit, Wohlstand, Bildung und Sicherheit voraus. Die Bildung einer *Klassengesellschaft* ist das genaue Gegenteil davon. Der zentrale Inhalt sozialdemokratischer Politik ist es nicht den Markt *auszuschalten* und die sogenannten *LeistungsträgerInnen* zu bestrafen. Die Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist es die notwendigen Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft erst zu schaffen, die dem Kapitalismus inhärente *Klassengesellschaft ausschalten*, die Auswüchse von Reichtum und Armut einzuebnen, um Depression, Faschismus und Krieg zu verhindern. Dieser Anspruch ist aktuell, zeitlos und kann moralisch von den Konservativen nicht *unterlaufen* werden. Wer die Geschichte kennt weiß welches Blut für die demokratische Ordnung vergossen worden ist und weshalb soziale Umverteilung die unbedingte Voraussetzung für deren Funktionieren darstellt. Für alle Anderen gilt: „*Lernen Sie Geschichte!*“ (Bruno Kreisky)

Die Sozialdemokratie tritt für all jene ein, die unter den herrschenden Verhältnissen ein Sprachrohr brauchen; Für die Frauen, die MigrantInnen, die Homosexuellen, die sozial schlechter Gestellten und alle anderen die an einem vernünftigen Entwurf von Gesellschaft mitarbeiten wollen, der nicht auf *Neid* sondern auf *Solidarität* gegründet ist. Denken wir das sozialdemokratische Programm zu Ende finden wir eine starke *Menschenrechtsorientierung*. Jedes Individuum soll einen Rechtsanspruch auf die wesentlichen menschlichen Bedürfnisse bekommen; Und somit frei sein

¹⁴ Für die *Rechte* sind die ImmigrantInnen und AusländerInnen die *Parasiten*, die den tüchtigen Einheimischen auf der Tasche liegen. Das Feindbild ist ein Anderes, das Argument bleibt dasselbe. Menschen, vor allem aus unteren sozialen Schichten, brauchen *Nestwärme*. Sie brauchen etwas Gemeinsames und Identität Stiftendes, das sie greifbar abgrenzt von einem, die Gemeinschaft scheinbar bedrohenden Außenfeind. Die soziale Not der ArbeiterInnen gegenüber dem ausbeuterischen Kapital war im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert jene *Klammer*, die das Proletariat zusammengehalten und den Aufstieg der Sozialdemokratie wesentlich mitbestimmt hat. Heute hat die SPÖ hat ein besonderes Problem bei den ArbeiterInnen und der Jugend, die in nicht zu unterschätzender Zahl zur *Rechten* überlaufen.

von den Zwängen des Staates, der Wirtschaft, der Tradition oder anderer sozialer Zwänge. Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft. Niemand wird ausgeschlossen oder zurückgelassen. Niemand ist wichtiger als die Anderen, niemand weniger wert als der Rest. Auf Ebene der *Fleißigen* kann die Sozialdemokratie nichts gewinnen, kann ihnen niemals soviel bieten wie die Konservativen. Doch das ist wenig von Belang. Ganz im Gegenteil; Die SPÖ muss wieder vermitteln warum Solidarität wichtig ist und welche Aufgabe der Sozialstaat für das Funktionieren der Demokratie einnimmt.

Das Programm der Sozialdemokratie ist die Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Programm, das sich im herrschenden politischen Diskurs auch moralisch behaupten kann. Grundlage für den Erfolg dieses Programms aber ist eine handlungsfähige Demokratie, die in der Lage ist die Gesellschaft zu gestalten. Das ist zunehmend nicht mehr der Fall¹⁵. Dazu Wilhelm Kriehebauer in der Zeitschrift Sozialismus 7/8/2009: „*Was wir erleben, ist die zunehmende Verdeutlichung des Unvermögens mit den Mitteln der formalen Demokratie einer substantiellen Krise der Gesellschaft adäquat begegnen zu können. Und die Sozialdemokratie – die historische Muster Schülerin der formalen Demokratie – bezahlt als erste den politischen Preis für dieses Unvermögen.*“ Die Sozialdemokratie leidet massiv unter der Krise der Demokratie. Ein kurzer theoretischer Exkurs zeigt uns warum. Die parlamentarische Demokratie und das damit verbundene Herrschafts- und Rechtssystem ist prinzipiell unvereinbar mit den *kapitalistischen Produktionsverhältnissen*. Im Kapitalismus entscheiden Eigentum und Verträge. *Wer etwas besitzt schafft an* und muss möglichst keine gesetzlichen Barrieren beachten. Alle agieren aus freien Stücken. Das gilt für die eigene Arbeitskraft genauso wie für das eigene Einkommen, Vermögen oder Unternehmen. Die *Volkswirtschaftslehre* nennt das den Allokationsmechanismus des Marktes und schreibt ihm eine gar *gottgegebene* Effizienz zu. Der Staat stört diese *natürliche Ordnung*. Nirgendwo ist das konservative Verständnis von Gesellschaft und Herrschaft exakter sichtbar als in „*Democracy – The God that failed*“ von *Hans-Hermann Hoppe* (2004), wo diese Unvereinbarkeit explizit ausgesprochen wird. Maßnahmen, die von einer Mehrheit beschlossen werden als gerecht und legitim zu betrachten, ist „*ein schlechter Witz*“ (*Hayek* 1996:205). In der Demokratie hingegen entscheidet die Mehrheit (exklusive der Nicht-WählerInnen). Und nicht selten bestimmen jene die nichts oder nur wenig besitzen die Politik, da sie zahlenmäßig überlegen sind. Beide Modelle begünstigen also unterschiedliche soziale Gruppen. Die *Herrschaft der Demokratie* ist der *Herrschaft des Kapitals* nach dem 1. Weltkrieg von der Sozialdemokratie praktisch übergestülpt worden. Und seit dieser Zeit kämpfen beide um die Vorherrschaft. Während in den 1950er und 1960er Jahren ein *keynesianisch geprägter Fordismus* unter dem *Primat der Politik* vorherrschte, hat sich in den späten 1970er Jahren eine ökonomische, politische, wissenschaftliche und ideologische *Wende* vollzogen, die im Zusammenbruch der Sowjetunion und der aktuellen Weltwirtschaftskrise ihre bisherigen Höhepunkte fand. Eine Wende die Politik und die Sozialdemokratie des 3. Weges selbst aktiv betrieben haben. Kennzeichen dieser Wende sind die weitgehende Privatisierung und Deregulierung der vormals öffentlichen Sektoren, die Globalisierung des Welthandels und der internationalen Fi-

¹⁵ Die Auswertung der österreichischen Ergebnisse der *Europäischen Wertestudie 2008* zeigt eine erschreckende Tendenz. 20% können sich einen starken Mann vorstellen, der sich nicht mehr mit der entscheidungs-schwachen Demokratie herumschlagen muss. Diese Einstellung gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen ist eng verbunden mit der grassierenden AusländerInnenfeindlichkeit. 49% etwa sind der Meinung, dass man AusländerInnen wieder in ihre *Heimat* schicken sollte, wenn in Österreich die Arbeit knapp wird.

nanzmärkte, eine zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, etc. Die Folge dieser Wende ist die Vorherrschaft des Kapitals. Die politischen Parteien agieren heute unter *systemischen Sachzwängen*. Die aktuelle Krise ist in diesem Kontext nicht Ausdruck einer *Renaissance* sozialdemokratischer Politik sondern vielmehr ein vorläufiger Höhepunkt einer Politik unter Sachzwängen. Die Demokratie und die agierenden Parteien sind nicht in der Lage die Entwicklung der Gesellschaft zu bestimmen, sondern verkommen zu *Steigbügelhaltern* des Kapitals.

Jene Menschen die von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind und die Unterstützung der Politik bitter nötig haben, merken nun, dass ihnen die demokratischen Parteien und speziell die SPÖ nicht helfen können. Ein Punkt der bereits in den *Kapiteln I* und *II* diskutiert worden ist. Die sozialpolitischen Errungenschaften der *Ära Kreisky* zwischen 1970 und 1983 waren als sozialer Fortschritt noch greifbar. Jetzt führt die SPÖ nur noch *Rückzugsgefechte*. Die Menschen wenden sich ab von *Parlamentarismus* und Sozialdemokratie. Was ist zu tun? 1. Die SPÖ und die Politik insgesamt müssen europäischer und internationaler agieren und dabei neue Visionen entwickeln. Nur so können sie das *Primat der Politik* zurückgewinnen. Dieser Ansatz entspricht im Wesentlichen dem, was unter den Punkten 2. und 3. in *Kapitel I* gesagt worden ist. 2. Die Partei muss wieder mehr in Organisationsgrad und –kraft der Bewegung investieren, was in *Kapitel III* anschließend ausführlich diskutiert werden soll.

III

Die Sozialdemokratie hat einige Probleme im Bereich der Organisation, der Kommunikation und der Kompetenz. Zuerst werden wir die Problembereiche skizzieren, um dann entsprechende Lösungen zu finden.

1. Der Organisationsgrad der Sozialdemokratie war schon einmal besser. Und mit ihm schwindet auch der direkte Kontakt zur Bevölkerung. Die politische Auseinandersetzung in Österreich ist seit jeher durch gut organisierte Parteien mit vielen StammwählerInnen gekennzeichnet. Die Voraussetzungen für politische Arbeit sind hier völlig andere als in einer *Mediendemokratie* mit vielen WechselwählerInnen, wie sie in den USA existiert. Zurzeit unternehmen die SPÖ und die anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa alles, um ihren Organisationsgrad weiter zu vermindern. Für die SPÖ bedeutet das, dass nun die *Kronen Zeitung* bestimmt was im *Gemeindebau* geredet und gedacht wird. Sozialdemokratische Politik ist meiner Einschätzung nach aber nur mit einer gut organisierten und vernetzten Bewegung begreif- und durchsetzbar. Deshalb ist die strategische Aufgabe der Partei nicht sich mit diversen Zeitungen gut zu stellen, sondern die Parteistrukturen wieder aufzubauen. Aktuell hat die Partei etwa 300.000 Mitglieder, davon etwa 100.000 in Wien. Der Organisationsgrad ist im europäischen Vergleich durchaus herzeigbar. Im Vergleich zu historischen Höchstständen aber ist eine Abwärtstendenz sichtbar, die zu stoppen ist. Gleiches gilt für die sozialdemokratischen Parteien in ganz Europa.

Was sind die Gründe für diese Tendenz? 1) Aufgrund von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen (dezentrale Betriebsstrukturen) nimmt der Organisationsgrad der Gewerkschaften und damit der Sozialdemokratie ab. Das klassische *Proletariat* in den Industriebetrieben und ArbeiterInnen-siedlungen stirbt zusehends aus. Es gibt heute neue *Klassenstrukturen*, etwa ein *Prekariat* das jeden Bezug zu Gesellschaft und Sozialdemokratie verloren hat und in etwa 10% der wahlbe-

rechtigten Bevölkerung ausmacht¹⁶. In Österreich kommt noch die große Gruppe der ImmigrantInnen hinzu, sei es in erster, zweiter oder gar dritter Generation. Die Sozialdemokratie hat für keine der genannten Gruppen inhaltliche Angebote und kaum Organisationsstrukturen mit denen sie erreicht werden könnten. 2) Die Partei hat den Bezug zu ihrer ureigensten Klientel, den ArbeiterInnen verloren. Deren Weltbild, das sich im Kontext veränderter ökonomischer und sozialer Bedingungen völlig anders gestaltet als noch vor 50, 100 oder 150 Jahren, ist weit entfernt vom Denken eines großen Teils der Führung. Man ist sich zwar einig, was die sozialen und ökonomischen Forderungen der ArbeitnehmerInnen betrifft; In Fragen von Umwelt-, Fremden- und Frauenrecht liegen aber oft Welten zwischen Führung und Basis. *Die Partei spricht nicht mehr die gleiche Sprache*, was die Kommunikation erheblich erschwert. 3) Zusätzlich hat die Politik der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert *Früchte getragen*. Viele ArbeiterInnen aus den industrialisierten, kapitalistischen Volkswirtschaften konnten einen gewissen Wohlstand anhäufen. Wir sind weit von jenem Proletariat entfernt, *das nichts zu verlieren hat als seine Ketten*. Das reale BIP pro Kopf beträgt 2009 in Österreich und den USA das 1,6 fache, in Frankreich das 1,4 fache und in Deutschland das 1,2 fache von 1980¹⁷. Daran wird dauerhaft auch die aktuelle Rezession nichts ändern. Wohlstand verändert das Denken der Menschen. Die Angst vor Vermögenssteuern auch in den unteren Einkommensschichten, die schwindende Solidarität innerhalb der ArbeiterInnenklasse, der sinkende Organisationsgrad der Gewerkschaften und die nicht nur in Österreich zunehmende Fremdenfeindlichkeit sind Phänomene, die sich mitunter darauf zurückführen lassen.

2. Die SPÖ verliert bei jenen Schichten für die sie Politik macht. Ganz offensichtlich kann sie ihre Politik nicht vermitteln. Sehen wir uns an, wer in Österreich noch sozialdemokratisch wählt. *„Bei jüngeren Wählern ist die ÖVP mit 28% die stärkste Partei; überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen FPÖ mit 19% und Grüne mit 14%. Auch in der Altersgruppe ab 60 ist die ÖVP stärkste Partei, sie liegt dort mit 33% knapp vor der SPÖ (29%). Die Liste Hans Peter Martin ist in dieser Gruppe mit 21% sehr stark.“*¹⁸ Und weiter heißt es: *„Das Thema Wirtschaftskrise zeigte auch seine Auswirkungen bei der EU-Wahl. Die FPÖ erzielte unter Personen, die nach eigener Angabe von der Krise stärker betroffen sind (Personalabbau, Lohneinbußen oder Kurzarbeit im Betrieb), rund doppelt so viele Stimmen wie bei den nicht in dieser Form betroffenen Erwerbstätigen.“* Laut GfK-Umfrage haben bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat 2008 nur 21% der ungelerten ArbeiterInnen sozialdemokratisch gewählt, dafür gleich 52% rechtsextrem. Bei den FacharbeiterInnen stieg es 40% zu 32%. Ebenfalls erschreckend: 56,4% für den FSG bei den AK Wahlen für Wien 2009; noch erschreckender: 41,5% Wahlbeteiligung. Man kann von Umfragen, Hochrechnungen und selbst Wahlergebnissen halten was man will, eine Tendenz ist dennoch erkennbar. Die Sozialdemokratie kann ganz offensichtlich jenen Menschen für die sie Politik macht nicht vermitteln, dass sie bei

¹⁶ Für eine umfassende Aufarbeitung der Thematik *neuer* Klassenstrukturen möchte ich auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung verweisen, *Gesellschaft im Reformprozess*, im Zuge der Anfang 2006 etwa 3000 deutsche Wahlberechtigte umfassend befragt wurden. Die Studie ist allein schon ob ihres schierem Umfangs von 800 Seiten auch für andere europäische Länder und vor allem für Österreich interessant.

¹⁷ Das reale BIP pro Kopf ist definiert als das verfügbare Güterbündel pro Kopf und der brauchbarste Wohlstandsindikator der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* (VGR). Natürlich kann der Indikator nur eine Annäherung für Wohlstand sein, da er Vieles, wie etwa die Einkommensverteilung, unberücksichtigt lässt.

¹⁸ Die Ergebnisse sind der Wahlanalyse des Meinungsforschungsinstituts SORA entnommen und beziehen sich auf die EU Wahl 2009.

Wahlen auch deren Stimme braucht. Gerade die Wahlergebnisse bei den Jungen schmerzen sehr. Die wirkliche Frage ist in Wahrheit aber jene, was mit all jenen ist die überhaupt nicht mehr an den Wahlgängen der parlamentarischen Demokratien teilnehmen. Wenn wir uns die soziale Durchmischung jener ansehen, die am demokratischen Prozess partizipieren und jener die das nicht tun, dann wissen wir auch, wo viele natürliche, sozialdemokratische Stimmen geblieben sind. Ganz offensichtlich haben jene Menschen nicht mehr das Gefühl, dass die Sozialdemokratie für ihre Interessen eintritt und diese auch durchsetzen kann. Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch eine aktuelle Studie der *Paul Lazarsfeld Gesellschaft*, die 1.230 Personen in ganz Österreich zu ihrem Wahlverhalten bei den vergangenen EU Wahlen befragt hat. Die NichtwählerInnen unterscheiden sich in ihrer Geschlechts- und Altersstruktur kaum von den WählerInnen. Hinsichtlich ihres Bildungsstandes allerdings schon. 65% der NichtwählerInnen haben keine Matura; Gleiches gilt für 66% der SPÖ-WählerInnen, aber auch für 76% der WählerInnen der *Rechten*. Dieser Anteil ist bei den WählerInnen insgesamt geringer sowie auch bei den *bürgerlichen* Parteien. Auffallend ist auch, dass 48% der NichtwählerInnen keinem Verein angehören (weder aktiv noch passiv), während das für lediglich 25% der WählerInnen gilt. Während WählerInnen von SPÖ und ÖVP ein sehr hohes Vereinsengagement aufweisen, sind 46% der WählerInnen der *Rechten* in keinem Verein aktiv. NichtwählerInnen haben zudem ein geringeres Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und eine größere Angst vor *sozialen* Problemen. Die Machtlosigkeit der Parteien, das Desinteresse an der bzw. das mangelnde Vertrauen in die *Europäischen Union* waren die wesentlichen Gründe nicht zur Wahl zu gehen. Es sind die unteren Einkommensschichten, jene für die die SPÖ Politik macht, die nicht mehr wählen gehen!

3. Die Sozialdemokratie hat ein Problem mit der Kompetenz. Schuld ist eigenes Versagen. Die Sozialdemokratie hat den Nimbus mangelnder Wirtschaftskompetenz. Dazu haben, zumindest in Österreich Skandale genauso beigetragen wie die Tatsache, dass die Mehrheit der UnternehmerInnen und ManagerInnen nicht der Sozialdemokratie sondern den Konservativen zugerechnet werden. *Das Problem für die SPÖ liegt darin, dass die Fähigkeit ein Unternehmen zu führen und die Fähigkeit eine Gesellschaft zu gestalten gleichgesetzt wird.* Die SPÖ hat natürlich nicht weniger die Fähigkeit Österreich zu regieren, auch wenn es möglicherweise in ihren Reihen weniger Menschen gibt die über eine betriebswirtschaftliche Ausbildung verfügen. Die SPÖ wird niemals einen derart hohen Anteil an ManagerInnen in ihren Reihen haben wie die Konservativen und braucht es auch nicht; Sehr wohl braucht die SPÖ aber Personen denen zugetraut wird einen verantwortungsvollen Job auch gut zu machen. Leute mit Führungskraft, strategischen Fähigkeiten, Organisationstalent, Bodenhaftung, internationalem politischen Wissen, der Fähigkeit die eigene Position auf den Punkt zu bringen und dabei konsequent zu bleiben. Und hier hat die SPÖ ein Problem. Sie hat nicht genug von diesen Leuten. Die Partei hatte Zeiten wo sie 5 Zeitungen herausgab, die komplette *Verstaatlichte* und die Vergabe von Gemeindewohnungen kontrollierte, eine eigene Kaufhauskette, den *Konsum Österreich*, besaß, in enger Verbindung mit 2 Großbanken, der *Bank Austria* und der *BAWAG* stand und auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen über Einfluss und Organisationen verfügte. Die Partei hatte *Macht*. Heute ist nichts mehr davon übrig. Es bleiben die *Kinder- und Naturfreunde*, der *Arbeiter-Samariter-Bund*, die *Volkshilfe*, der *ARBÖ*, die *MieterInnenvereinigung* sowie, als letzte genossenschaftliche Strukturen, der *Salzkammergut Konsum* und die *Sparda Banken*. Doch auch hier haben die Konservativen die entsprechenden *Konkurrenzprodukte*, die zumeist auch denen der SPÖ überlegen sind. Das ist auch kein Wunder wenn der Reihe nach parteieigene Betriebe durch schwere Management- und Führungsfehler in die Pleite oder in deren Nähe geschickt werden (*Konsum*, *BAWAG*, *ARBÖ*, usw.). Es bleiben einige wenige sozialdemokratisch kon-

trollierte Betriebe wie die *Wiener Städtische Versicherung*, die *Porr Bau AG*, die *Merkur Wechselseitige Versicherungsanstalt*, der *Flughafen Wien Schwechat* sowie einige Positionen in verstaatlichten Betrieben. In der *Coverstory* des *Trend 07/09 „Wer Österreichs Wirtschaft lenkt“*, wo die 100 wichtigsten ÖsterreicherInnen im Graubereich zwischen Politik und Wirtschaft ermittelt wurden, finden sich noch etwa 15 bis 20% SozialdemokratInnen. Die *Top Five* sind vier Konservative und *Hans Dichand*! Aktuell hat die SPÖ sogar das Problem, dass sie einflussreiche Positionen in der verstaatlichten Industrie (etwa bei *Post*, *Telekom* und *OMV*) nicht besetzen kann, weil es in diesen Unternehmen keine geeigneten GenossInnen mehr gibt.

Was ist zu tun? **1. Mehr inhaltliche Präsenz.** Was die gesamtgesellschaftliche politische Debatte betrifft wird es notwendig sein, die Neugründung einer hochwertigen, unabhängigen, sozialdemokratischen Tageszeitung voranzutreiben. In Österreich eine Tageszeitung zu führen ist kein gutes Geschäft. Angesichts der schieren Übermacht konservativer *Blätter*, bleibt der SPÖ meines Erachtens aber nicht viel mehr übrig. Man braucht kein Medienexperte zu sein um zu sehen, dass das aktuelle Wochenmagazin der SPÖ, das *SPÖ aktuell*, eine volle Katastrophe ist und kaum Menschen erreicht. Die *Kärntner Tageszeitung* ist ein lokales Phänomen. Wie könnte eine neue sozialdemokratische Zeitung aussehen? Eine gefaltete A3 Seite auf der 1 bis 2 Themen ausführlich behandelt werden ist völlig ausreichend. Die Zeitung sollte *Arbeiter Zeitung* heißen und überall erhältlich sein, so wie das bei *Österreich* oder *Heute* auch der Fall ist. Wichtig ist, dass sie vor allem auch vor und in den Fabriken greifbar ist. Die Redaktion muss sozialdemokratisch gesinnt aber unabhängig von den Interessen der Partei selbst agieren. Der Aufwand sollte möglichst gering sein und nur den Zweck erfüllen 1 bis 2 Themen pro Tag aus sozialdemokratischer Sicht massenwirksam zu beleuchten¹⁹. Genauso wichtig wird es sein Netzwerke mit jenen Organisationen zu schmieden, die für ähnliche Interessen eintreten wie die Sozialdemokratie. Ein klassisches Beispiel ist *ATTAC*. Die Zusammenarbeit muss von beiderseitigem Respekt getragen sein, die personelle und inhaltliche Autonomie des jeweils anderen zu wahren, doch inhaltliche und personelle Überschneidungen für gemeinsame Ziele zu nutzen. Das gleiche gilt auch für die *Caritas* in Fragen der Grundsicherung, der Armutsbekämpfung oder der Integration. Erinnern wir uns an die *Vermögenszuwachssteuerdebatte*. Die wichtigste Stütze der SPÖ in dieser Frage waren ExpertInnen der *Österreichischen Nationalbank*. Wenn die ÖVP behauptet hat eine Ausweitung der Spekulationsfrist bei Aktien würde *alle* treffen, konterten die ExpertInnen mit frischen Erhebungen zur Verteilung des Aktienvermögens in Österreich. Auch wenn diese Koalition nicht strategisch bemüht war, so war sie doch wirksam und schlagkräftig.

2. Mehr personelle Präsenz und ein Wiederaufbau der Parteistrukturen. Wenn traditionelle sozialdemokratische Milieus aussterben, dann müssen neue geschaffen werden. Die Sozialdemokratie muss wieder mehr Gespräche mit den Menschen führen und sie ist angehalten die dafür notwendigen Organisationsstrukturen zu schaffen. Die SPÖ muss sich um all die Nicht-WählerInnen küm-

¹⁹ Die Zeitungen in Österreich finanzieren sich ohnehin kaum durch ihre LeserInnenschaft, sondern hauptsächlich durch Inserate und Presseförderung. „*Österreichs Tages- und Wochenzeitungen dürfen heuer mit mehr Presseförderung rechnen - um insgesamt 30 Cent auf 12,838 Millionen Euro. 2,43 Millionen beträgt die Vertriebsförderung. 6,645 Millionen Euro stützen regionale Vielfalt. ... Die Regierung unterstützt Zeitungen zusätzlich mit Werbekampagnen. Geplant sind rund drei Millionen für ihr Image, fünf Millionen gegen Extremismus und Rassismus.*“ (Standard, 16.6.2009) Eine Reform der Presseförderung müsste so gestaltet sein, dass mit ihrer Hilfe auch Zeitungen überleben können, die nicht in der Lage sind Inserate anzuziehen.

mern, deren wesentliches Kennzeichen mangelnde soziale Partizipation ist. Hier hat die Partei unglaubliches Potential. Die einzige sinnvolle und dauerhafte Möglichkeit diese Menschen zu erreichen ist das Schaffen sozialdemokratischer Institutionen, die sie in ihrem *Alltag* unterstützen und helfen sie einzubinden. Ich denke dabei an Sozialmärkte und andere Konsumgenossenschaften, Schulungen in Arbeits- und Grundrechten, Jugendvereine, Produktionsgenossenschaften für KünstlerInnen und andere neue Selbstständige, usw. Dabei muss eine sozialdemokratische Führung dieser Institutionen sichergestellt sein, die zugleich professionell als auch pragmatisch ist. Es gibt Vorfeldorganisationen, die diese Politik bereits betreiben oder betreiben könnten. Es ist nur eine Frage des Willens, *den eigenen Arsch wieder hoch zu kriegen* und mehr in diese Richtung zu machen. Besonders wichtig ist der Wiederaufbau von *Arbeitermilieus* in den Industrieregionen gerade auch des ländlichen Raumes. Die ArbeiterInnen brauchen dafür entsprechende Lokalitäten als Ersatz für die aussterbenden *Arbeiterheime*, die dann auf Vereinsbasis zu führen sind. Dort sollen Zusammenkunft und Geselligkeit genauso wie politische Schulung und gemeinsame Veranstaltungen die Solidarität der ArbeiterInnen untereinander wieder herstellen und sie zurück in die Bewegung holen. Derartige Projekte müssen von der Partei in die Wege geleitet und auch finanziell aktiv unterstützt werden. Wenn die Sozialdemokratie weiter zulässt, dass sich die ArbeiterInnen von der SPÖ abwenden, gerade in bisherigen *Hochburgen*, dann besiegelt sie damit ihr Todesurteil.

3. Besseres Personal. Das Fehlen geeigneter Leute betrifft die Partei- und Geschäftsführung des Bundes genauso wie jene der Landesorganisationen, die Ministerien, die Gewerkschaften, die parteieigenen Betriebe und Organisationen sowie die Ortsgruppen. Jede Partei lebt davon, dass sie von einem *Kern* an engagierten, gebildeten und überzeugten Menschen getragen wird, die in der Lage sind einen Machtapparat (und auch Menschen) zu organisieren, politische Schlachten zu schlagen, Themen zu platzieren und neue Menschen zu erreichen; Kurz als *MultiplikatorInnen* zu agieren in der Lage sind. Das gilt gerade für die Sozialdemokratie, die von ihrem kulturellen Selbstverständnis her stets eine emanzipatorische Bewegung war; Zumindest war das unter *Kreisky* noch so. Die SPÖ will Menschen bilden und zu freien, selbstbestimmten und solidarischen Menschen erziehen. Dazu braucht es das Personal, das diese Aufgaben übernehmen kann, nämlich gute FunktionärInnen. Die SPÖ hat erstens zu wenig dieser Menschen. Die fähigen Leute die es gibt sind oft zwar in der Bewegung nicht aber in der Partei engagiert. Viele haben ein Problem mit der SPÖ, weil ihnen die inhaltliche Ausrichtung nicht gefällt. Es fehlt ihnen der nötige Pragmatismus, um eine Massenpartei (und die dafür notwendigen Massen) zu organisieren. Es fehlt die Bereitschaft auch mit *Andersdenkenden* zu kommunizieren, die eigenen Netzwerke zu öffnen und von externem Wissen zu profitieren²⁰. Stattdessen bilden sich elitäre Zirkel innerhalb der Bewegung und ihrem Umfeld, die kaum Einfluss nehmen auf die Politik der SPÖ und damit auf die Politik Österreichs insgesamt. Die *Intelligenz* der Sozialdemokratie ist überall nur nicht in der eigenen Partei! So wie manche GenossInnen nicht bereit sind eine tragende und *multiplizierende* Rolle zu übernehmen, so vermögen es andere wiederum erst gar nicht. Viele FunktionärInnen haben ein ungeklärtes Verhältnis zu Führung, Professionalität und Disziplin; Oft fehlen die inhaltlichen und rhetorischen

²⁰ *Linke Netzwerke* sind geschlossene Netzwerke. Diese Tatsache ist stark durch das Wesen des sozialistischen Bewusstseins bestimmt. Nachdem die Sozialdemokratie eine progressive und verändernde Kraft darstellt, ist sie notwendigerweise auch als Anti-These zu den *herrschenden Verhältnissen* konstruiert. Dadurch fällt es schwer *ungebildete* oder *anders denkende* Menschen, die notwendigerweise Elemente einer *veralteten Gesinnung* mit sich tragen, in die Bewegung aufzunehmen.

Schulungen sowie die notwendige soziale Kompetenz. Auch das ist ein Grund warum der Auftritt der Sozialdemokratie nach außen oft schlicht unprofessionell wirkt²¹. Die SPÖ muss sich ernsthaft überlegen wie sie sicherstellt, dass auch dauerhaft genug qualifizierte und motivierte GenossInnen für die Parteiarbeit zur Verfügung stehen. Offene, parteiunabhängige aber ideologisch gefestigte Netzwerkstrukturen, die Universitäten und Unternehmen erreichen, sowie ein umfassendes und dauerhaftes Schulungsprogramm für die FunktionärInnen sind wohl die brauchbarsten Instrumente.

IV

Die Sozialdemokratie steht an einem Scheideweg und könnte im nächsten Jahrzehnt endgültig als *Player* von der politischen Bühne verschwinden. Sie ist orientierungslos und der Zuspruch der Bevölkerung schwindet. Neben vielen strategischen Problemen erschwert die Krise die politische Arbeit für die Partei zusätzlich. Die SPÖ muss aus der *Spirale* von mangelndem Zutrauen und Mutlosigkeit heraus. Die Sozialdemokratie muss in vielen Bereichen umdenken, um den schleichenden Niedergang zu verhindern. Die SPÖ braucht 1) eine Rückbesinnung auf ihr sozialdemokratisches Selbstverständnis (sowie eine gesunde Distanz zur aktuellen Krisenpolitik), 2) einen aktiven Kampf für die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft und das *Primat der Politik* sowie 3) professionellere und fähigere FunktionärInnen und MinisterInnen (sowie eine echte Neustrukturierung der Vorfeldorganisationen und Netzwerkstrukturen)²². Die SPÖ kann noch Wahlen gewinnen (bzw. weniger verlieren als die Konservativen). Das hat sie hinlänglich bewiesen. Doch es geht schon lange nicht mehr nur um einzelne Wahlergebnisse. Es geht um die Existenz der Sozialdemokratie als Bewegung, inhaltlich wie organisatorisch. Das muss uns bewusst werden.

²¹ Pragmatismus und Offenheit haben zwar dazu geführt, dass die ÖVP die inhaltliche Tiefe des *Neusiedler Sees* erreicht hat, doch ihr Apparat funktioniert schlicht besser (und ist auch bedeutend größer).

²² Der Prototyp der richtigen Politik ist die sozialdemokratische Schulpolitik seit *Gusenbauer*. Hier wurde mit einem strategischen und schlüssigen Gesamtkonzept aktiv ein Themenbereich angegangen, der viel zu lange den Konservativen überlassen wurde. Sozialdemokratische Bildungspolitik ist als Vision greifbar und vermittelt den Drang die Dinge zu verbessern. Gegen viel Widerstand ist die SPÖ ihrer Linie treu geblieben und konnte dadurch notwendige Veränderungen auf den Weg bringen. Zusätzlich ist die SPÖ hier nahe an der Wahrheit, weil unser Bildungssystem nicht nur ineffizient sondern auch sozial selektiv ist. Die SPÖ hat sich hier Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit erarbeitet und dadurch nachhaltig ihr eigenes Standing verbessert.